

Ausblick Mayors for Peace

Beitrag für das Treffen der Bürgermeister 2006

Abrüstung ankurbeln

Den gemeinsamen Appell der BürgermeisterInnen und ParlamentarierInnen haben wir verwendet, um den ersten Schritt des so genannten Jumpstart Disarmament-Projekts der Mayors for Peace zu unterstützen. Bei der UN-Vollversammlung im Herbst 2005 hat eine Gruppe von Staaten (sie nennen sich die New Yorker Sechs, obwohl die Diplomaten fast alle von der Genfer Abrüstungskonferenz kamen) eine Resolution vorgelegt, die die Abrüstung "wieder ankurbeln" sollte. Der in der Resolution enthaltene Vorschlag war vier Komitees zur Verhandlung von Arbeitsthemen in der Vollversammlung einzurichten, um das Problem des Konsenses zu umgehen und die Abrüstungsarbeit aus der festgefahrenen Abrüstungskonferenz in Genf nach New York zu verlegen. Die Staaten müssen In New York kein Konsens finden, sondern lediglich eine Mehrheit.

Die Reaktion der USA war sehr scharf. Ohne das es überhaupt zu einer Abstimmung der Resolution gekommen ist, erklärten sie sich nicht bereit dazu an solchen Komitees teilzunehmen oder sich an denn darin abgestimmten Verabredungen zu halten. Die Befürworter der Resolution entschieden, noch ein Jahr zu warten und zu schauen, ob der dadurch entstandene Druck auf die Abrüstungskonferenz doch was bringt. Tatsächlich probieren die Diplomaten jetzt neue Wege aus, um die Konferenz in Genf - die 10 Jahre lang zu keinen Abrüstungsverhandlungen mehr führte - zum Arbeiten zu bringen. Wenn dies bis Juni nichts gebracht hat, werden wir uns auf einen neuen Anstoß mit den New Yorker Sechs für die Vollversammlung vorbereiten.

"Artikel VI-Forum"

All dieses scheint weit weg von unserer täglichen Arbeit in den Städten. Dennoch haben die Mayors for Peace in 2005 angefangen, auf diesen Prozess Einfluss zu nehmen. Akiba hat gesagt, entweder verabreden sich die Staaten im Mai 2005, um die Abschaffung aller Atomwaffen bis 2020 zu verhandeln, oder es muss ein alternativer Prozess gefunden werden. Jetzt sind wir dabei, mit einigen Staaten zu überlegen, wie dieser Prozess aussehen kann.

Mayors for Peace verfolgen ein Gespräch mit der Diplomatie und zwar durch das "Artikel VI-Forum", organisiert von dem NGO-Zusammenschluss "Middle Powers Initiative". Das Forum nahm seine Arbeit bereits im Oktober in New York auf und traf sich erneut Anfang März in Den Haag. Regina Hagen und ich waren dabei, sowie Aaron Tovish, der Kampagnenleiter des internationalen Verbands Mayors for Peace. Das nächste Treffen wird in Ottawa im Oktober stattfinden. Hier treffen sich ähnlich gesinnte Staaten, die die Abrüstung vorantreiben wollen. In Den Haag haben sie über die juristischen, technischen und politischen Vorbedingungen für eine atomwaffenfreie Welt diskutiert.

World Court Project II

Eine juristische Vorbedingung ist die Realisierung des Artikel VI. Es wird sich immer wieder über die Nichteinhaltung von Artikel II (Verzicht auf Atomwaffen der "Nichtatomwaffen-Staaten") beschwert und auf bestimmte Staaten wie Iran oder Nordkorea gezeigt. Aber die Nichteinhaltung des Artikel VI durch die Atomwaffenstaaten wird nicht eingeklagt. Trotz der

eindeutigen Interpretierung dieses Punktes durch den Internationalen Gerichtshof, besitzen die USA die feste Überzeugung, nichts Weiteres machen zu müssen. In einem Leserbrief an die Berliner Zeitung vom letzten Wochenende behauptet der Presseattaché der US-Botschaft, Robert A. Wood: "Die Vereinigten Staaten kommen vollständig ihren Pflichten im Rahmen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen nach". Der Brief war eine Antwort auf einen sehr guten Artikel zu der Äußerung des Chefs der Nationalen Atomsicherheitsbehörde Linton Brooks, als er sagte, die USA "müssen in absehbarer Zeit beides beibehalten - nukleare Macht und die Fähigkeit, Atomwaffen zu haben und diese zu modernisieren". Anschließend legte er ein Entwicklungsprogramm für die Modernisierung der Atomwaffen bis zum Jahr 2030 vor.

Verhandeln die USA "im guten Glauben" (wie Artikel VI sie verpflichtet) und halten sie ihre Abrüstungspflicht ein? 10 Jahre nach dem ursprünglichen Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes wollen wir den Gerichtshof diese Fragen stellen. Eventuell wird bei der diesjährigen UN-Vollversammlung die Lobbyarbeit für eine solche Anfrage bereits begonnen. Bürgermeister Akiba wird Brüssel und Den Haag am 10. Jahrestag am 8. Juli 2006 besuchen und über die Frage der Nichteinhaltung sprechen.

Herstellungstopp für Atombombenstoffe

Eine technische Vorbedingung für die Abrüstung ist die Entwicklung eines Kontrollsystems zur Verifizierung einer atomwaffenfreien Welt. Hierzu gibt es einige notwendige Bausteine. Erstens, die Arbeit der IAEA, die hier für die Kontrolle über die Weitergabe von Atomwaffen wichtig ist - und leider durch ihre Förderung der Atomenergie unterminiert wird. Zweitens, die Atomteststopp-Organisation, die durch seismische Messungen überprüft ob ein Staat einen Atomtest durchführt. Ein dritter und sehr wichtiger Baustein ist die Entwicklung eines Systems, um ein Verbot der Herstellung von Atombombenstoffen durchzusetzen und zu kontrollieren.

Mayors for Peace arbeiten im Rahmen der Middle Powers Initiative mit einer Gruppe hochrenommierter WissenschaftlerInnen, die an der Frage arbeiten, ob ein solcher Herstellungstopp wirklich überprüfbar sein kann. Die USA behaupten, dass dies nicht möglich wäre und sie aus diesem Grund die Maßnahme nicht mehr unterstützen. Die deutsche Regierung steht jedoch seit Jahren sehr dezidiert hinter diesen Schritt. Die BürgermeisterInnen in Deutschland könnten die Regierungsposition stärken, in dem sie diese Forderung auch unterstützen.

US-Atomwaffen in Europa

Es wird immer mehr von den ähnlich gesinnten Staaten erwähnt, dass die Forderung an den Iran oder Nordkorea, keine Atomwaffen zu entwickeln, heuchlerisch erscheint, wenn man selbst Mitglied in einem nuklearen Bündnis bleibt. Regina Hagen wird speziell zu diesem Punkt einen Vorschlag für die deutschen Mayors for Peace machen. Ich erwähne dies hier, weil im europäischen Raum - und insbesondere in Belgien - die Frage des Abzuges der US-Atomwaffen von den BürgermeisterInnen und ParlamentarierInnen intensiv bearbeitet wird. Wir müssen auf diese Arbeit aufbauen.

Xanthe Hall, IPPNW